Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 288 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 17. Juni

Anzeigenpreis: Hiesige Interessenten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Die Ententeantwort überreicht

Die Volksabstimmung in Schleswig

Französische Marine-Reorganisation.

Versailles, 16. Juni.

Nach dem abgeänderten Entwurf soll die Volksabstimmung in Schleswig, wie der „Temps" meldet, nur in zwei von den drei ins Auge gefaßten Zonen stattfinden. Die Maßnahmen für den internationalen Schutz der deutschen Minderheiten würden keinesfalls auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt, das als rein französisches, Deutschland wieder abgenommenes Land gilt.

Im „Populaire" dementiert Longuet nochmals die von der „Gazette de Lausanne" wiederholte Meldung über seine angeblichen Schritte in Freiburg in der Schweiz. Er wisse nicht das Geringste von dem lächerlichen Komplott, das er angeblich in der französischen Schweiz vorbereitet haben solle.

Der „Temps" meldet: Admiral Monarch erstattete dem Marineminister über seine Reise nach Toulon Bericht. Die Agitation unter den Matrosen sei völlig eingestellt. Die Gemüter seien beschwichtigt. Die völlige Ruhe werde sehr bald wiederhergestellt sein. „Excelsior" meldet aus Toulon, Monarch fasse nach langen Besprechungen mit den Kommandanten der dort liegenden Schiffe und mit den Matrosen, die Beschwerden vorbrachten, eine Reorganisierung des Geschwaders auf der Grundlage der neuen Bedürfnisse ins Auge.

Nach dem „Echo de Paris" ist Paul Claudel, bisher französischer Gesandter in Brasilien, zum französischen Gesandten in Kopenhagen ernannt worren.

Der Putsch in Erfurt

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Erfurt, 16. Juni.

Aus Erfurt wird gemeldet: Am gestrigen Sonntag versammelten sich mehrere Tausend Eisenbahnarbeiter und Unterbeamte des Eisenbahn-Direktionsbezirks Erfurt, die zum Teil mit Eztrazügen angekommen waren, unter freiem Himmel, um über die Absetzung des Eisenbahndirektions-Präsidenten und mehrerer mißliebiger Beamten zu beschließen. Die Demonstranten zogen dann vor das Präsidentengebäude, überrumpelten 25 Mann der Wache der Regierungstruppen und riefen den Abrechnungsrevisor Schütze zum Eisenbahnpräsidenten aus. Der neue Präsident hielt vom Balkon des Gebäudes aus eine Ansprache, die mit Hochrufen auf die Räterepublik und das Rätesystem geendet haben soll. Regierungstruppen, die bereits im Anmarsch waren, haben den Befehl erhalten, noch nicht einzugreifen, da Verhandlungen mit den Eisenbahnern im Gange sind. Der Eisenbahnverkehr ist bis zur Stunde aufrechterhalten worden. Wie weit eine Agitation der Unabhängigen oder Kommunisten hinter der Aktion steht, läßt sich bis zur Stunde nicht sagen.

*

Sofortige Einstellung der Haller'ransporte!

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Eine Mahnung an die Regierung.

Kattowitz, 16. Juni.

Der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien und Westpreußen, Otto Horsing, richtet an den Ministerpräsidenten Scheidemann in Weimar folgende Drahtung:

„Wie einwandfrei feststeht, stehen an der oberschlesischen Grenze Hallertruppen. Oberschlesische Bestochene und gekaufte Polen sprengen dauernd Eisenbahnbrücken und beschädigen die Bahnkörper, wodurch die Abfuhr der Kohlen und die Zufuhr von Lebensmitteln gefährdet ist. Polnische und spartakistische Agitatoren organisieren Unruhen und Ausstände in Oberschlesien. Die mit ausländischem Gelde ausgeführten Verbrechen finden ihren Rückhalt unter dauerndem Heranschaffen von Hallertruppen, die, wie ich es dieser Tage selbst gesehen habe, durch Deutschland nach Polen rollen, und so die feindliche Heeresmacht im Osten verstärken. Wenn auch eine direkte Gefahr von außen wie von innen durch die Tüchtigkeit unserer Truppen und Führer, sowie des Großteiles der Beamten und der Bevölkerung nicht zu befürchten ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß Putschversuche unternommen werden, in dem Glauben, von jenseits der Grenze Hilfe zu bekommen. Diese Putschversuche werde ich mit allen Mteln zu verhindern suchen. Die Hoffnung auf die Armee Haller, die kleinen Teilen der oberschlesischen und polnischen Bevölkerung täglich eingeimpft wird, um sie zu Putschen aufzureizen, muß so schnell als möglich verschwinden. Dies ist nur möglich, wenn die Transporte der Armee Haller sofort eingestellt werden. Ich weiß, daß Sie und die Reichsregierung gezwungenerweise den Truppentransporten zugestimmt haben. Da aber die Polen täglich die Ruhe stören und die Demarkationslinie nicht achten, so dürfte die Regierung im Uebereinkommen ihren Verpflichtungen gleichfalls enthoben sein. Im Interesse unseres Ostens, und zwar des Friedens nach außen und der Ruhe und Ordnung nach innen, bitte ich wohl unter Zustimmung von 90 Prozent der Bevölkerung des mir unterstellten Gebietes, die Truppentransporte Haller sofort einzustellen und mir Nachricht zukommen zu lassen.

Der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien und Westpreußen.

(gez.): Horsing.

Der Reichs- und Staatskommissar hat einen Aufruf an die oberschlesische Bevölkerung erlassen, in welcher er eine Belohnung von 100 000 Mark für diejenigen aussetzt, die dazu beitragen, daß

1. die Verbrecher, die Eisenbahnkörper und Brücken gesprengt und die Sprengungen vorbereitet haben,
2. die zu Putschen mit oder ohne Waffe auffordern,
3. die auf die gewaltsame Lostrennung schlesischer Gebietsteile hinarbeiten und agitieren,
4. die dem Feind Nachrichten zukommen lassen, d. h. Spionage treiben,
5. die ihm angeben bei welchen Personen Waffen, Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten, Sprengstoffe aller Art, Revolverpistolen, Munition aller Art usw. verborgen gehalten werden,

namhaft gemacht werden, so daß dann die gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Zu dem vorstehenden Telegramm des Staatskommissars an die Reichsregierung bemerkt die hiesige zuständige Stelle, daß die Transporte der Armee Haller am 22. d. M. ihr Ende erreichen werden.

* *

Der Bund mit dem Leichnam

Wird Deutschland den ihm aufgezwungenen Friedensvertrag annehmen oder nicht? Unaufhörlich schwankt die Wage hin und her. Wir haben keine Waffe mehr zur Hand, seitdem wir sie fünf Minuten zu früh an die Wand stellten; wir müssen uns jeder noch so dreisten Zumutung der Fremden fügen. Machen sie ihre Drohung wahr und rücken ihre Divisionen in Deutschland ein, so unterscheiden wir uns in nichts mehr von den übrigen Sklavenvölkern Englands. Nur die Hoffnung bleibt uns, daß der Eroberer dabei ein schlechtes Geschäft machen und aus Deutschland nicht entfernt soviel herausziehen wird, wie er hineinstecken muß. Eine Million Soldaten zu ernähren, kostet viel Geld, und die Notwendigkeit, sie unter der Fahne zu halten, bedeutet eine nicht geringe Gefahr für die französischen und englischen Staatsmänner. Hat man doch auch in den feindlichen Ländern die Kriegsführung von Herzen satt. Die Londoner und Pariser Presse würde keineswegs soviel Gewicht auf die deutsche Unterschrift legen und weit weniger aufgeregt drohen, wenn sie diese Unterschrift nicht im eigenen Interesse für dringend erwünscht hielte.

Gewiß ist passiver Widerstand Deutschlands nicht nach dem Sinne aufrechter Vaterlandsfreunde. Lieber noch einmal das Gewehr zur Hand nehmen, dem Eindringling letzten entschlossenen Widerstand leisten — dieser Entschluß entspräche eher deutschem Empfinden. Aber die „glorreiche" Revolution und die schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen, die Herr Ebert und Scheidemann gar nicht rasch genug annehmen konnten — „wir brauchen Frieden um jeden Preis", sagte Herr Ebert am 4. November vorigen Jahres —, die unverzeihlichen Sünden der Vergangenheit machen jede Volkserhebung unmöglich." So haben denn einzelne Politiker ihre Hoffnungen auf das bolschewistische Rußland gesetzt. Es sollte sie der Umstand warnen, daß sie hierbei mit den unabhängigen Sozialdemokraten Hand in Hand gehen, die die Revolution mit russischem Golde gemacht haben und dauernd weiter den Rubel in Deutschland rollen lassen. Radek-Sobelsons Versprechen, gegebenenfalls ungeheure russische Heeresmassen an den Rhein zu schicken und dort gegen den Vielverband kämpfen zu lassen, bedeutet für unser armes Land den grausigsten und blutigsten Untergang. Die moskowitischen Banden würden dann genau so im Herzen Deutschlands hausen, wie sie 1914 in Ostpreußen wüteten. Immerhin könnte ein leidenschaftlicher Patriot auch das noch in Kauf nehmen, vorausgesetzt, daß Rußland wirklich imstande wäre, den Kampf gegen die westlichen Bedränger siegreich zu führen. Indessen ist es dazu völlig außerstande.

Wir wollen nicht von den himmelschreienden wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Zuständen sprechen, in denen das heutige Rußland dahin lebt. Nicht von der unerhörten Hungersnot, die das Volk zu Hunderttausenden hinraffte, nicht von dem Blutregiment, das Lenin aufgerichtet hat, nicht von der unbeschreiblichen Verkommenheit, die alle Stände anfrißt und alle Sittlichkeit vernichtet. Nein, auch rein militärisch, steht die Sowjetregierung auf sehr schwachen Füßen. Nur mit Mühe hält sie sich im Osten gegen die andrängenden Scharen Kolschaks und von dem Norden her droht ihr gleichfalls Todesgefahr. Zwar treten in die Reihen der roten Gardisten immer neue Rekruten ein, weil es nur dort ausreichend zu essen gibt und weil die Löhnung hoch ist. Aber das Heer besteht schon heute, soweit es zuverlässig ist, zum allergrößten Teile nur noch aus lettischen und chinesischen Truppen. Der echte Russe haßt das bolschewistische Regiment und hält sich, trotz der rücksichtslos arbeitenden Revolutionsgerichte und trotz des Gewissenszwanges, so fern wie möglich von ihm. Lenin kennt die Stimmung des russischen Volkes sehr genau. Auf den Besitz einer Waffe ist Todesstrafe gesetzt, und wer Anzeige erstattet, erhält 600 Rubel Belohnung. Wenn nun auch Lenin von seinen Feinden in Rußland selbst augenblicklich und unmittelbar nichts zu befürchten hat, so darf er es doch unter keinen Umständen riskieren, größere ihm ergebene Truppenmassen außer Landes zu bringen. Denn in diesem Augenblicke würde sowohl von Sibirien wie von Finnland her der Groß-Angriff erfolgen, während sich die Kämpfe bisher im wesentlichen auf Eisenbahnscharmützel beschränkten.

Nun und nimmer wird in absehbarer Zeit ein starkes russisches Heer gegen den Vielverband aufmarschieren

Die Antwortnote

Versailles, 16. Juni.

Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brockdorff-Rantzau ½7 Uhr abends übergeben worden.

Versailles, 16. Juni.

Dem Vernehmen nach wird Graf Brockdorff-Rantzau nach dem Empfange der Schriftstücke noch nachts mit der eigentlichen Delegation nach Weimar abreisen, wo er morgen nachmittag ankommen dürfte. Die übrigen Friedensdelegierten werden nach Berlin reisen. Einige Kommissare bleiben in Versailles. Auf der Reise beginnt die Uebersetzung der überreichten Schriftstücke.

Versailles, 16. Juni.

Die Blätter veröffentlichen heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie einen Auszug aus den deutschen Gegenvorschlägen.

„Le Journal" stellt dem ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten die deutschen Gegenvorschläge und den endgültigen, heute zu überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal", daß die Volksabstimmung in Schleswig, entsprechend dem Wunsche der Dänen, aufgegeben wurde, dagegen werden die Beschlüsse für Ostpreußen (Volksabstimmung im Bezirk Allenstein), für Westpreußen (teilweise Abtretung), für Danzig und Memel (internationalisierte Zone) vollständig beibehalten. Die deutschen Gegenvorschläge betreffend Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichtet, und sonach aller öffentliche und private Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine und Teile seiner Fischereischiffe und Flußschiffe ausliefern soll, und demzufolge Oder und Elbe internationalisiert, die Telegraphenkabel konfisziert werden sollen, ist beibehalten. Jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Revision dieser Abmachung bedingen würde. Die ursprüngliche Fassung über die Wiedergutmachungen und die finanziellen Fragen ist beibehalten. Jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über die diskutiert werden wird.

Die Bedingungen über Strafmaßnahmen bleiben unverändert.

In einer Zusammenfassung erklärt dann noch „Journal": Abgesehen von den Zugeständnissen in Oberschlesien ist das territoriale Statut beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen (remaniement total). Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedroht den Vertrag mit völliger Umwälzung (bouleversement complet).

(Siehe auch 2. Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906171-16/fragment/page=0001

kommen. Schon aus diesem Grunde wäre also ein Bündnis mit Sowjet-Rußland zwecklos und im Kern verfehlt. Noch gefährlicher aber stellt sich das Zusammenarbeiten mit ihm von dem Gesichtspunkte aus dar, daß der Haß des echten Russen gegen die Bolschewistenführer jeden Tag an fanatischer Eindringlichkeit zunimmt. Deutschland wird zweifellos in Zukunft mit dem russischen Nachbar gute Freundschaft halten wollen und müssen. Um so weniger darf es sich mit der jetzigen Regierung einlassen. Unterstützt Deutschland diese Menschen, die Lenin selbst als Verrückte und Verbrecher bezeichnet, dann bringt es sich auf ewig um die noch vorhandenen Sympathien der wirklichen Russen. In Lenins engerem Gefolge befinden sich, wie der letzte Kommunistenkongreß bewiesen hat, nur noch sehr wenige Russen; die meisten seiner Anhänger sind Juden und Letten. Gegen die Juden zumal schwillt die zähneknirschende Wut des ausgesogenen und zertretenen Volkes furchtbar an. Alle Kenner des Landes prophezeien einen geradezu schaurigen Ausbruch des Zornes an dem Tage, wo die gegenwärtige Regierung fällt. Man ist auf eine völlige Ausrottung der Bolschewisten und der ihnen verbündeten Juden in Stadt und Land gefaßt.

Wohl mag es sein, daß sich infolge der besonderen Weltumstände Lenin noch eine Weile am Ruder hält. Aber immer deutlicher zeigt das Gesicht des Bolschewismus die Züge des Sterbenden. Wir haben keinen Anlaß, uns mit einem Leichnam zu verbinden. Deutschland muß seinen Weg zunächst aus eigener Kraft gehen und sich auf sich selbst verlassen. Kommt Zeit, kommt Rat. Je fester wir heute dem Bolschewismus widerstehen, desto sicherer wird die Freundschaft des neuen Rußland sein, das ja, seinen englischen Todfeinden gegenüber so oder so auf uns angewiesen sein wird.

* * *

Noch einmal im Viererrat

Versailles, 16. Juni.

„Matin" berichtet, daß Clemenceau in dem heute stattfindenden Ministerrat im Elysée den Inhalt der Antwort der Alliierten an Deutschland bekanntgeben wird. Sodann wird eine letzte Zusammenkunft des Viererrats stattfinden.

Der „Matin erklärt, Graf Brockdorff-Rantzau hat das größte Interesse daran, von Versailles nach Weimar abzureisen, sobald er das Dokument in Händen hat. Da die fünftägige Frist von dem Augenblick der Ueberreichung läuft, werden die Mitglieder der deutschen Delegation sich alle über ein einziges Exemplar beugen müssen, oder 24 wertvolle Stunden verlieren, um auf die 200 gedruckten Exemplare zu warten. Jedermann muß zugeben, daß das eine seltsame Art ist, einen so feierlichen Akt vorzunehmen. „Echo de Paris" und „Journal" wollen sogar wissen, daß nur ein einziges revidiertes, handschriftlich korrigiertes Exemplar des neuen Vertrages der deutschen Delegation überreicht wird. Die deutsche Delegation werde 200 ursprüngliche Vertragsentwürfe erhalten und gebeten werden, in diesen Entwürfen selbst die Korrekturen vorzunehmen.

Fast alle anderen Blätter, soweit sie sich überhaupt mit dem Inhalt der Antwort beschäftigen, bestätigen ebenfalls, daß nur formelle, nicht grundsätzliche Abänderungen zu erwarten seien. Besonders bezeichnend ist, daß die „Action Francaise" Lord Robert Cecil angreift, der noch einer Novizjatsperiode von tunlichst kürzester Dauer Deutschland habe in den Völkerbund aufnehmen wollen. Das alles läßt wahrscheinlich erscheinen, daß das deutsche Volk sich große Hoffnungen nicht machen kann; und daß die ihm bevorstehende Prüfung wohl die schwierigste des ganzen Krieges sein wird.

Stand der Reichsverfassung

Die Beratungen im Verfassungsausschuß stehen vor einem vorläufigen Abschluß. Und es ist daher anzunehmen, daß im Kürze die Nationalversammlung zu der Verfassung endgültig Stellung nehmen wird. Die einzelnen Fraktionen haben sich bereits mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses beschäftigt, der zum Teil recht erhebliche Aenderungen an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen hat.

Der Grundgedanke der Verfassung liegt in dem einleitenden Satz des Artikels 1: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Verstärkt wird dieser Grundgedanke durch die Reichskompetenzen. Der Verfassungsausschuß hat bei der Reichsgesetzgebung dahin unterschieden, daß das Reich die Gesetzgebung zum Teil ausüben soll, zum anderen Teil ausüben kann.

Eine weitere Veränderung ist in der in Artikel 9b geschaffenen Möglichkeit der Vereinheitlichung der Kirchen- und Schulgesetzgebung zu erblicken. Es besteht keine geistliche Aufsicht über die Schule und keine Staatskirche mehr und für Religionsgemeinschaften keine Beschränkung. Von Zentrumsseite liegen weitere Anträge vor, die Berücksichtigung konfessioneller Verhältnisse und die Anerkennung neuer Privatschulen bezwecken. Nach den Ausschußbeschlüssen soll der Religionsunterricht ordentlicher Lehrgegenstand in der Schule bleiben. Allerdings darf kein Lehrer zur Erteilung dieses Unterrichts und kein Schüler hieran gezwungen werden.

Das Beamtenrecht ist in der Verfassung festgelegt. Absolute Offenlegung der Personalakten, Beschwerdeinstanz gegen Disziplinarverfahren, Einspruchsrecht usw. sind vorgesehen.

Der Artikel 15 des Verfassungsentwurfs, demzufolge die Gliederung des Reichs in Länder im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerungen erfolgen soll, ist dahin aufzufassen, daß die Neubildung von Ländern oder die Aenderung ihres Gebiets durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten durch Reichsgesetz erfolgen kann, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Nicht scharf genug kann es jedoch zurückgewiesen werden, in diesen Bestimmungen etwa eine Förderung der Lostrennungsbestrebungen vom Reiche erblicken zu wollen. Vielmehr soll die in der Verfassung gegebene Möglichkeit der Neubildung von Ländern nur zu einer Neubildung innerhalb des Reiches führen dürfen und in dessen Interesse gelegen sein.

Auf dem Wege zur Reichseinheit im Verkehrswesen ist ein wesentlicher Schritt nach vorwärts getan. In langen Verhandlungen sind die größten Widerstände beseitigt worden. Die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs, ebenso die gesamten Staatseisenbahnen und die Wasserstraßen, gehen im Wege der Verständigung bis zum 1. April 1921 auf das Reich über.

Wegen der Reichsaufsicht ist es mit dem Staatenausschuß zu einer Verständigung gekommen. Die dem Reichspräsidenten eingeräumten Befugnisse zeigen Veränderungen in demokratischem Sinne. Volksabstimmungen sind vorzunehmen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten es verlangt; desgleichen ist das Antragsrecht für Gesetze vorgesehen. Das Wahlrecht in den deutschen Ländern steht allen reichsdeutschen Männern und Frauen zu. Mit der Verankerung des Rätesystems in der Verfassung ist gewissen Anforderungen Rechnung getragen worden.

Französisches Schreckensregiment

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Straßburg, 16. Juni.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat die französische Verwaltung mit der zwangsweisen Verschleppung allangesehener Elsässer nach dem Innern Frankreichs begonnen. Von Mülhausen, Koblenz, Straßburg, Metz und verschiedenen Landorten sind bisher schon über 1000, zum Teil im öffentlichen Leben stehende angesehene Männer nach dem Innern Frankreichs abgeschoben worden. Sie erhielten einen längeren Befehl, binnen 5 Tagen das Land zu verlassen. Sie dürfen sich den zukünftigen Aufenthaltsort in einer von der französischen Behörde bestimmten Gegend selbst wählen. Das ist aber auch das einzige Entgegenkommen.

Karlsruhe, 16. Juni.

Aus dem Elsaß und aus der Rheinpfalz wurden in den letzten Tagen abermals 85 Personen deutscher Staatsangehörigkeit auf Befehl der Besatzungsbehörden ausgewiesen.

*

Streiks in aller Welt

Amsterdam, 16. Juni.

„Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß die sozialistische Partei gestern vormittag in allen großen Städten Belgiens Kundgebungen zugunsten des Achtstundentages und von Mindestlöhnen veranstaltete, die ruhig verlaufen sind.

Nizza, 16. Juni.

Die Metallarbeiter haben den Streik erklärt.

Paris, 16. Juni.

Der Sekretär der Bergarbeiter hat erklärt, daß bis jetzt ein Uebereinkommen auf Abbruch des Streiks nicht getroffen worden ist. Als erste Grundlage zum Abbau des Streiks müßte Annahme des Achtstundentages gelten. Der Arbeiterstreik sei unvermeidlich.

Amsterdam, 16. Juni.

Die internationalen syndikalistischen und sozialistischen Konferenzen in Paris, die für Sonnabend, den 14. Juni festgesetzt waren, sind mißglückt, da nur die italienischen Delegierten erschienen waren. Die Belger und die Engländer waren weggeblieben. Man hat beschlossen, sofort eine französisch-italienische Abordnung nach England zu senden, um sich über die Auffassung der englischen Arbeiterorgan satisnen zu unterrichten. Die Franzosen und Italiener erklärten sich zu einem 24stündigen allgemeinen Demonstrationsstreik bereit, der aber mit den bereits stattfindenden Lohnstreiks in keinem Zusammenhang stehen soll.

*

Der Wiener Putschversuch

Neue Opfer.

Wien, 16. Juni.

Am Sonntag abend gegen 7 Uhr begannen sich die auf dem Schauplatz der Zusammenstöße zurückgebliebenen Gruppen zu zerstreuen. Ein Teil zog nach dem Rathause, vor dem er sich eine Zeit lang aufhielt, um sich schließlich aufzulösen. Allmählich wurden die Wachen und die Volkswehr bis auf einzelne Patrouillen eingezogen. Unter den Verletzten befinden sich acht Handelsangestellte, drei Schüler und zwei Invaliden. Einige schwer Verletzte sollen ihren Wunden erlegen sein.

Wien, 16. Juni.

Die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft hat sich gemäß einer vom Arbeiterrat ergangenen Parole, die Wiener Arbeiterschaft solle sich nicht zu gewissenlosen Putschversuchen mißbrauchen lassen, der gestrigen Aktion enthalten. Ein Leitartikel der „Arbeiterzeitung" verurteilt jeden neuerlichen Putschversuch, da er angesichts der Ernährungslage Wiens nur zu unbeschreiblichem Elend führen würde. In einem zweiten Aufsatz legt das Blatt die Herkunft des Geldes für den Kommunistenstaat dar. Die Agitation in Wien und Deutschösterreich werde mit Summen von vielen Millionen durch die ungarische Regierung bezahlt. Das Blatt führt als Beleg dafür mehrere Quittungen an, darunter eine vom 27. März über 250 000, eine andere über 200 000 Kronen durch die ungarische Gesandtschaft. In Wien wurden unter anderm am 30. April eine Million Kronen an die Kommunisten überwiesen. Das Blatt nennt eine Anzahl von Personen, denen Geldsummen übergeben wurden, und erklärt schließlich, daß in der Leitung der Wiener Kommunisten auch ein ungarischer Kommunist sitze.

Die Gesamtziffer der Wiener Opfer beträgt 11 Tote und 80 Schwerverwundete, meist handelt es sich um 17—20jährige Burschen. Leider mußten auch einige Unbeteiligte das Leben lassen.

Internationalisierung der österreichischen Kohle

Saint-Germain, 16. Juni.

Mit der Note, mit der Staatskanzler Renner die Denkschrift der Delegierten der deutschen Sudetenländer der Friedenskonferenz unterbreitete, überfandte er auch die von den wichtigsten Interessenten des österreichisch-schlesischen Kohlenreviers gemachten Vorschläge auf Internationalisierung dieses Reviers, wobei er betonte, daß dieser Vorschlag angesichts der in diesem Gebiete herrschenden Wirren hohe Beachtung verdiene.

Die Reichsluftbarkeitssteuer

Der Absicht der Reichsregierung zur Einführung einer Reichsluftbarkeitssteuer, an deren Erträgen Reich, Staat und Gemeinde beteiligt sein sollen, steht man in städtischen Kreisen durchaus ablehnend gegenüber. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß der enorme Finanzbedarf des Reichs dazu zwingt, alle zur Verfügung stehenden Steuerquellen zu erschließen. Aber auch die Städte befinden sich infolge des Krieges in einer schweren Finanznot, zu deren Abhilfe neue Einnahmequellen geschaffen werden müssen. Kaum eine Steuer ist nach ihrem ganzen Wesen so geeignet für die Gemeinden wie die Luftbarkeitssteuer. Sie ermöglicht nicht nur die Erzielung beträchtlicher Einnahmen, sondern sie kann auch bei sachgemäßer Anwendung gute erzieherische Wirkungen haben, wenn sie die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt. Bei einer Teilung des Ertrages der Luftbarkeitssteuer zwischen Reich, Staat und Gemeinde entfällt auf die letztere selbstverständlich nur ein geringer Betrag. Dadurch wird das Interesse der Gemeinde an einem Ausbau der Steuer wesentlich beeinträchtigt. Bei dem Milliardenbedarf des Reichs wird sein Anteil an dem Ertrage einer Reichsluftbarkeitssteuer keine große Rolle spielen. Für die Gemeinden dagegen kann die Steuer bei einem vollkommenen Ausbau zu einer sehr wichtigen Einnahmequelle werden, wenn ihnen der Ertrag allein zufließt. Nimmt das Reich auf diesem Gebiet den Gemeinden einen Teil ihrer Einnahmen, dann muß man ihnen auf einem anderen Gebiet Ersatz dafür gewähren. Daß auf dem bisherigen Wege der ins maßlose gesteigerten Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer nicht weiter geschritten werden kann, ist klar. Die Gemeinden müssen daher erweiterte Steuerquellen erhalten, um ihre Kriegsschulden abzubürden. Darum belasse man ihnen vor allem die Steuerquellen, die sie bisher hatten. Es kann wohl zweckmäßig sein, durch ein Reichsgesetz die Grundlagen für eine Besteuerung der Luftbarkeiten zu schaffen, die Erträge der Steuer müssen aber den Gemeinden allein verbleiben. Hoffentlich wird die Nationalversammlung bei der Beratung der Vorlage sich der finanziellen Notlage der Gemeinden erbarmen.

Die Deutschen in Ungarn

Budapest, 16. Juni.

In der Sitzung des deutschen Landesrates wurden die Gesetzentwürfe über die Organisation der deutschen Volkswirtschaft und über die Gerichtsbarkeit in den deutschen Siedelungsgebieten erledigt. Das Gesetz über die Volkswirtschaft bestimmt, daß die deutschen Gaue und deutschen isolierten Städte, sowie die dem Deutschen Volksamt unmittelbar unterstellten Städte und Gebiete auch volkswirtschaftlich selbständige Einheiten bilden. Der Gesetzentwurf über die Gerichtsbarkeit sieht vier Arten von Gerichten vor, nämlich Gemeinde-, Bezirks- und Stadtgerichte, sowie einen deutschen Obersten Gerichtshof.

Wer verleumdet?

Die „Demokratische Partei-Korrespondenz", die fast keine Nummer ohne Verdächtigungen und Schimpfereien gegen die Deutschnationale Volkspartei erscheinen lassen kann, bringt in Nr. 121 vom 30. Mai eine Notiz aus Bischofswerda in Sachsen, in der behauptet wird, bei einer gemeinsamen Kundgebung der bürgerlichen Parteien gegen den Gewaltfrieden „habe der deutschnationale Redner die wütendsten Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die Demokraten ausgestoßen". Worin diese „Verleumdungen und „Beschimpfungen" bestanden haben sollen, teilt die „Demokratische Partei-Korrespondenz" jedoch nicht mit. Man muß sonach annehmen, daß sie es entweder selbst nicht weiß — in diesem Falle hätte sie höchst leichtfertig gehandelt — oder daß sie sich aus guten Gründen hütet, das zu wiederholen, was der deutschnationale Redner gesagt hat, weil es eben keine Verleumdungen waren, sondern unbequeme Wahrheiten, die sich die Demokratische Partei nicht an den Spiegel stecken möchte. Bezeichnend ist ja, daß sie es vermeidet, den Namen des deutschnationalen Redners zu nennen, den sie so beschuldigt. Es wäre nicht das erste Mal, daß die „Demokratische Partei-Korrespondenz" dann gezwungen wäre, eine unangenehme Berichtigung der Behauptungen ihres unzuverlässigen Hintermannes aufzunehmen. Dafür entrüstet sie sich aber wie üblich: „Daß man sich im Lager der Deutschnationalen auch während der Durchführung einer Aktion, die allen Parteien Deutschlands in gleichem Maße am Herzen liegen sollte, zu solchen Ausschreitungen gegen die Demokraten hinreißen läßt, ist immerhin bemerkenswert." — Vorläufig benutzt doch das Parteiorgan der Demokraten die Berichterstattung über die Bischofswerdaer Kundgebung gegen den Gewaltfrieden zu völlig unbewiesenen Beschuldigungen gegen die Deutschnationale Volkspartei. Man ist also zu der Frage berechtigt: Wer verleumdet?

Zu Wilhelm Kahls 70. Geburtstag

Am 17. Juni feiert D. theol. Dr. Wilhelm Kahl, Mitglied der National-Versammlung, Geh. Justizrat und Professor des Staats-, Straf- und Kirchenrechts an der Berliner Universität, seinen 70. Geburtstag. Es ist hier nicht der Ort, seiner wissenschaftlichen Tätigkeit gerecht zu werden und seiner akademischen Laufbahn, die ihn von Rostock über Erlangen nach Berlin geführt hat, zu gedenken. Nur eins wollen diese Zeilen: auf den Mann in Wilhelm Kahl hinweisen. Wenn in jemand etwas von der Art Fichtes und Ernst Moritz Arndts noch lebt, so in ihm; er kennt keine Menschenfurcht, sei es nach oben, sei es nach unten. Er war Freund und Berater des Graf-Regenten zur Lippe, Vaters des letzten Fürsten zur Lippe. Bekanntlich vertrat der Kaiser im Lippeschen Thronfolgestreit die Sache des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe; das hinderte Kahl nicht, seiner Ueberzeugung gemäß mit aller Entschiedenheit für den genannten Graf-Regenten einzutreten. Und als die Kunde an die Oeffentlichkeit drang, daß die Entente in ihrer Schamlosigkeit von uns die Auslieferung des Kaisers verlangen wolle, da war Kahl der erste, der das mit vernehmlichen Worten als eine Schmach bezeichnete. Als im Wintersemester 1900/01 Kahls Amtsgenosse, der berühmte Heinrich Dernburg, der Onkel des jetzigen Reichsfinanzministers, in den Nämmen der Berliner Universität einen Schlaganfall erlitt, da war Kahl der einzige, der nicht den Kopf verlor und der das Nötige anordnete. „Zum Handeln sind wir da!" Dies Wort Fichtes steht über Kahls ganzem Leben: schon 1870 hat er sich als junger bayerischer Jäger-Leutnant das Eiserne Kreuz verdient; von seinen kriegerischen Erlebnissen pflegt er in seiner Bescheidenheit nicht zu reden; wohl aber sprach er einmal in der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege davon, wie er damals angebliche freiwillige Pfleger, die in Wirklichkeit nur Schlachtenbummler waren, mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit heimgeschickt hätte. Niemand, der ihn je gehört hat, sei es vom Katheder herab, sei es auf den Berliner Bismarck-Kommersen, sei es in der National-Versammlung, wird seine kernige Weise vergessen; noch vor wenigen Wochen begrüßte er in der Aula der Berliner Universität unter dem Bilde Fichtes die dort versammelte National-Versammlung in herrlichen, zu Herzen gehenden Worten. Wer ihn nur einmal gehört hat, dem war es beim Lesen dieser Rede, als ob er die alte, liebe Stimme wieder hörte. — Gleich zu Beginn des Krieges trat er dafür ein, daß der drohenden Zuchtlosigkeit der Jugend gesteuert werde; nicht der Schulmeister sprach aus seinen Worten, sondern der väterlich besonnene deutsche Mann, dem alles daran lag, daß sich die Jugend ihrer in schwerem Ringen vor dem Feinde stehenden Väter würdig erweise. Hochherzig verband er sich hierbei mit Franz von Liszt, dem Berliner Strafrechtslehrer, von dem ihn sonst so manche tiefgehende Meinungsverschiedenheit trennt. Und so möge er uns noch lange erhalten bleiben: als Vorbild deutscher Treue und deutschen Mutes, und als ein Mahner, auch in den schlimmsten Zeiten nicht zu verzagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906171-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 17. Juni.

Stadtverordneten-Versammlung

Eine Dauersitzung.

„Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben" ... Und der Journalist, der seinen Eis- bis Viergehnstunden-„Tag" nicht selten erst des Morgens in der zweiten Stunde beschließt, soll besonders vorsichtig sein in dieser Beziehung. Bevor er nicht Hut und Stock in der Hand hat, — aber nein, auch dann mitunter noch nicht, auch von der Haustreppe ruft ihn gelegentlich der Fernsprecher noch einmal zu irgend einer Pflicht zurück — soll er sich nicht ledig wähnen von seines Dienstes Müh' und Lasten. Denn das Einzige, was an seinem Berufe regelmäßig ist, ist — die Unregelmäßigkeit. Wer diesen allen Erfahrungssatz einmal beifeite stellt und sich vermißt, die zeitlichen Grenzen seines Arbeitstages vorausberechnen zu wollen, der kann dessen gewiß sein, daß es ihm so ergeht wie dem Glücklichen, das Los zur Berichterstattung in die gestrige Stadtverordnetensitzung führte. Die Tagesordnung war so beschaffen, daß sie unter „normalen" Umständen in schlimmstenfalls zweier Stunden Frist abgetan sein konnte. In Anfehung der sommerlichen Wärme, die sich bei durchschnittlich veranlagten Gemütern besänftigend, den naturgegebenen Rede- und Mitteilungstrieb lähmend zu offenbaren pflegt, durfte man gar einige Abschreibungen auf diese Verhandlungsdauer vornehmen. Aber ach und weh, die neue Hallesche Stadtverordnetensitzung ist nicht „normal", sie ist nicht „durchschnittlich" veranlagt: nach annähernd dreiunddreiviertelstündiger Verhandlung war man noch nicht über den vierten der zwölf Punkte hinausgekommen, die die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung zierten, den Antrag der Unabhängigen nämlich auf „Aenderung der Anstellungsbedingungen für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter". Der Berichterstatter, Herr Koenen, bat aus persönlichen Gründen, den Gegenstand von zehnter Stelle auf die vierte hinanzurücken, man willfahrte seinem Wunsche, einmal hoffentlich und nie wieder!, und dann breite sich die Debatte wie ein bejessen Tier in der Runde und graste nach drei Stunden noch am selben Flecke. Leider — oder soll man sagen: gottlob? — ist der Journalist von der neuen Zeit noch so wenig beleckt, daß er nach Ablauf seines so und soviel Stundentages nicht Kelle und Mauerstein hinfeuert und „Feierabend macht" — ach, der Redakteur zählt zu jenen präfossilen Wesen, die noch nicht einmal „Ueberstunden" anschreiben! — und so saß man denn in der neunten Abendstunde noch immer fröhlicher Dinge am Pressetisch im Stadtverordnetensitzungssaale und schrieb und schrieb, was folgt ...

Ein süßer Trost ... für alle Beteiligten: die nächste Sitzung fällt aus. Die Versammlung tritt erst in vierzehn Tagen wieder zusammen. Dann allerdings herät sie — den Etat!

* *

Der Vorsitzende gibt zunächst einige Eingänge bekannt, u. a. ein Gesuch des Bundes der Feuerwehrbeamten um Gleichstellung in der Gehaltsfrage mit den Polizeibeamten. Das Gesuch, das gleichzeitig dem Magistrat zugegangen ist, wird so lange zurückgestellt, bis der Magistrat hierzu Stellung genommen hat.

Die Besoldung der Stadtverordneten.

Die Unabh. Soz. Fraktion hat den Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Ausarbeitung einer Vorlage, die die Entschädigung des Lohnausfalles und sonstiger Aufwendungen regelt, die den Einzelnen durch Ausübung des Stadtverordnetenmandats erwachsen." Die Versammlung empfiehlt, die Plenum- und Kommissions-Sitzungen mit 5 M. pro Sitzung zu entschädigen und den Stadtverordneten zur Benutzung der Straßenbahn Freifahrtskarten zu gewähren." Stadtv. Finger weist in eindringlichen Worten auf die ethischen Erwägungen hin, die die Vorlage weckt. Der Antrag bedeutet eine Nichtachtung der gewichtigen Paragraphen der Städteordnung, die das Ehrenamt des Stadtverordneten als altruistisches Prinzip der Selbstverwaltung feierlich festgelegt haben. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Entschluß trotzdem fruchtbringend sein werde und empfiehlt die Annahme der Vorschläge des Haushaltsausschusses. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. —

Haftentlassung Ferchlands.

Die Unabh. Soz. Fraktion hat weiter den Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Justizminister in Verbindung zu treten, daß der Stadtverordnete Ferchland sofort aus der Untersuchungshaft entlassen wird, damit er sein Mandat als Stadtverordneter ausüben kann." Stadtv. Finger als Berichterstatter legt der Versammlung dar, daß die Verwaltungskörperschaften, wie die Stadtverordnetenversammlung eine ist, im Gegensatz zu den gesetzgebenden Parlamenten eine Immunität ihrer Mitglieder nach dem Gesetz für sich nicht in Anspruch nehmen können. Den Justizminister veranlassen wollen, daß er eigenmächtig in den Gang der ordentlichen Gerichte eingreift, ist nicht angängig; eine derartige Handlung könne der Minister schlechterdings nicht verantworten. Der Rechts- und Verfassungsausschuß empfiehlt, den Gegenstand durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, und gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß das Verfahren gegen Ferchland tunlich beschleunigt werde. Die Versammlung schließt sich dem in ihrem Beschlusse — gegen den Widerspruch des Stadtv. Albrecht — an.

Die Unabh. Soz. Fraktion hat den Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage über Aenderung der Anstellungsbedingungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter auszuarbeiten, wobei Prüfungen weitmöglichst zu beseitigen sind und das Mitbestimmungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter sicherzustellen ist. Die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterausschüsse resp. deren Betriebsräte sind bei den Vorarbeiten für die Vorlage zuzuziehen."

Der Berichterstatter, Stadtv. Koenen (Unabh.), begründet in längeren Ausführungen den Antrag und stellt hierzu Richtlinien auf, die er zur Annahme empfiehlt. Nach fast zweistündiger Aussprache über diesen Punkt, auf die wir vorbehalten, noch näher zurückzukommen, wird beschlossen, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen, und die vom Stadtv. Koenen aufgestellten Richtlinien hierzu dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

Aenderung des Fahrgeldtarifs für die Straßenbahn.

Ueber die Einzelheiten der Aenderungen haben wir an dieser Stelle bereits berichtet. Stadtv. Ritter beantragt im Namen des Haushaltausschusses, den Preis für Monatskarten für 6 Teilstrecken auf 14 M. zu belassen und für über 6 Teilstrecken den Preis auf 22 M.; ferner für Schülerkarten bis 6 Teilstrecken auf 1,25 M. festzusetzen. Stadtv. Gräfe tritt in längeren Ausführungen für einen Einheitstarif von 20 Pfg. ein. Bürgermeister Seydel tritt diesen Ausführungen entgegen, weil durch einen Einheitstarif von 20 Pfg. die Stadt finanziell eine große Einbuße erleiden und angesichts der gegenwärtigen schlechten Etatsverhältnisse doppelt schwer wiegen würde. Es sprechen noch für die Magistratsvorlage die Stadtv. Busse (Dtschnat.), der vor allem betonte, daß man über den Verlust von über 100 000 M. nicht ohne weiteres hinweggehen könne. Einige Stadtverordnete der Unabhängigen Soziald. Fraktion traten noch für den Einheitstarif ein. Die Magistratsvorlage wird mit dem Antrag des Haushaltsausschusses mit 28 sozialdemokratischen Stimmen gegen 26 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Der Antrag Gräfe (U. S.), für alle Linien einen Einheitstarif von 20 Pfg. einzuführen, wird mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. — Stadtv. Müller (Soz.) beantragt noch, 10 Stück-Blocks zu 2 M. für alle Teilstrecken einzuführen; der Antrag wird abgelehnt.

Stadtv. Ziegler (Deutschnat.) stellt den Antrag, daß die den Arbeitern durch die Wochenkarten gewährten Vergünstigungen auch allen anderen minderbemittelten Personen, die die Straßenbahn auf beruflich notwendigen Fahrten benutzen, ohne Ansehen des Standes gewährt werden. Redner begründet seinen Antrag damit, daß es auch außer den Arbeitern noch eine große Zahl Beamte und Angestellte gibt, die vielleicht ein noch geringeres Einkommen als die Arbeiter haben und weite Strecken zu ihren Dienststellen zurücklegen müssen. Stadtv. Brettschneider stellt ferner den Zusatzantrag, daß alle Beamte und Angestellte mit einem Einkommen bis zu 6500 M. ebenfalls Anspruch auf Wochenkarten haben. Beide Anträge werden durch die Stimmen der Unabhängigen und der Demokraten abgelehnt. Nachdem die Vorlage bezw. alle Anträge, die sich auf die Fahrgelderhöhung der Straßenbahnen beziehen, abgelehnt worden sind, gibt Bürgermeister Seydel die Erklärung ab, daß die Stadtverordnetenversammlung durch ihren Beschluß nun auch die Verantwortung für das nun entstehende Defizit zu tragen hat.

Der Magistrat lehnt jede Verantwortung ab.

Die Licht- und Pufferbatterie des städtischen Elektrizitätswerkes müssen im Laufe des Sommers instand gesetzt und gereinigt werden, damit sie im kommenden Winter dem Betrieb wieder zur Verfügung stehen. Hierbei soll die Sicherheitsrente, den jetzigen Betriebsverhältnissen entsprechend, verkleinert werden. Nach langen Verhandlungen mit der Akkumulatorenfabrik, Aktiengesellschaft, Ingenieur-Abteilung Leipzig, hat die Firma sich bereit erklärt, die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten auf Grund der vorgelegten Kostenanschläge vom 2. Mai 1919 zu übernehmen. — Der Magistrat beantragt, die Reparatur der Akkumulatorenbatterien zu genehmigen, zur Deckung der Kosten den Erlös aus Altblei (etwa 68 000 Mk.) zu verwenden und den verbleibenden Rest (etwa 122 000 Mk.) dem Erneuerungsfonds des Werkes zu entnehmen. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung.

Der Magistrat hat die Erhöhung der in den §§ 1 bis 8 der Gebührenordnung zur Friedhofs-Ordnung vom 12. Februar/8. März 1916 und der im § 10 der Gebrauchsanweisung für die Feuerbestattungsanlage der Stadt Halle festgesetzten Gebühren, sowie der in der Zusammenstellung sonstiger im Bereich der Friedhofsverwaltung zu erhebenden Vergütungen beschlossen. Die Ausgaben sind so erheblich gestiegen, daß zur Deckung derselben eine Erhöhung der Gebühren nicht zu vermeiden ist. Die Erhöhung ist in der Vorlage auf das äußerste beschränkt worden. — Die Vorlage wird angenommen. — Ihre Vorlage über den Nachtragsvertrag mit dem Gaswerk Giebichenstein wird in die geheime Sitzung verlegt.

Der Magistrat hat beschlossen, das Ortsstatut betreffend Krankenfürsorge für Beamte und Lehrpersonen vom 24. Januar 1914 darin zu ändern, daß in § 1 statt „2500 Mk." „5000 Mk." zu setzen ist. Nachdem durch Verordnung der Reichsregierung die Einkommensgrenze für die Krankenversicherungspflicht auf 5000 Mark erhöht worden ist, erfordert die Befreiung der Beamten und Lehrpersonen von dieser Versicherungspflicht, daß ihnen in Krankheitsfällen die Fortzahlung ihres Diensteinkommens, soweit es 5000 Mk. — bisher 2500 Mk. — nicht übersteigt, bis zur Dauer von 26 Wochen gewährleistet wird. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt: „Der Magistrat wolle im Einvernehmen mit dem Kollegium einer Stelle schaffen, der obliegt, große, den Zeitverhältnissen entsprechend nicht voll ausgenützte Wohnungen zu ermitteln und sie umfangreicher als bisher der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Die bisherigen Maßnahmen in dieser Richtung entsprechen nicht den durch die große Wohnungsnot hervorgerufenen Bedürfnissen." Auf Antrag des Berichterstatters des Kleinwohnungsausschusses, Stadtv. Balke, wird das Städtische Wohnungsamt und die städtische Wohnungsdeputation beauftragt werden, den Antrag zu bearbeiten. —

Stadtv. Kleeis (Soz.) hat den Antrag gestellt: „Ueber die Auswahl derjenigen Kinder, die zur Erholung ins Ausland gesandt wurden oder werden sollen, ist in der Einwohnerschaft Unwillen laut geworden. Es wird deshalb der Magistrat ersucht, der Stadtverordneten-Versammlung die Grundsätze bekannt zu geben, nach denen diese Auswahl stattgefunden hat." Der Berichterstatter, Stadtv. Kleeis, zieht den Antrag zurück, da sich die Sache durch die bereits abgegebenen Erklärungen von ausländiger Seite erledigt hat.

Die Deutschnationale Fraktion stellt den Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den nebenamtlich beschäftigten Lehrern der gewerblichen Fortbildungsschule an Stelle der bisherigen Entschädigung die Jahresstunde (das Schuljahr zu 40 Wochen berechnet) als Grundlage für die Entlohnung einzuführen. Der Antrag wird nach Begründung durch den Stadtv. Ziegler (Dtschnat.) mit der Abänderung angenommen, daß auch die Lehrer an der kaufmännischen wie die an der gewerblichen Fortbildungsschule den Lehrern an den städtischen Lehranstalten gleichgestellt werden. Die Erhöhung der Entschädigungen soll bis zum 1. April zurückwirken. —

Nach Erledigung der Tagesordnung werden noch mehrere

Dringlichkeitsanträge

beraten. Von den Unabh. Soz. ist der Antrag gestellt worden, Freibäder in der Saale einzurichten. Stadtv. Osterburg begründet den Antrag und betont, daß nach Gutachten des Stadtarztes gesundheitliche Bedenken gegen die Freibäder nicht vorliegen, auch eine eventl. Behinderung der Schiffahrt ist unschwer zu umgehen. Der Antrag findet Annahme. — Stadtv. Steckner (Dem.) stellt darauf den Antrag, die Vorlage betr. Aenderung des Straßenbahntarifs, die, wie berichtet, abgelehnt worden ist, an den Magistrat zurückzugeben, damit sie der Versammlung zu zweiter Beratung vorgelegt wird (ein gleicher Antrag ist im Laufe der Sitzung infolge eines Mißverständnisses bereits abgelehnt worden), findet Annahme. Antragsteller weist darauf hin, daß eine Ablehnung der Fahrpreiserhöhung ein Mehr von 40 Prozent Gemeindesteuern zur Folge haben müßte. — Weiter wird ein Dringlichkeitsantrag Kleeis (Mehrh.-Soz.) beraten, den Magistrat zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, daß künftig

zur Beleuchtung größerer Wohnungen nicht mehr als eine Gasflamme

gebrannt werden darf, mit dem Zusatz (Antrag Wilke) angenommen, daß auch nur eine elektrische Birne benutzt werden darf. — Als letzter wird ein Antrag Bretschneider, die Tarifverhandlungen mit den Magistratsarbeitern zu beschleunigen und den Hilfsarbeitern einen Entschuldungsvorschuß von 100 M. auszuzahlen, den Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antragsteller führt zur Begründung aus, daß einer Streikgefahr vorgebeugt werden müsse. —

Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

85] Roman von Carl Busse.

„Nein, das klingt falsch, wie ich das sage. Ich habe mich schon an den Gedanken gewöhnt. Ich wünsche es beinah selber. Dann hab' ich doch einen Halt. So ein Mensch wie ich muß sich wo anklammern. Und da Sie weggausen — —"

„Ich schicke Ihnen natürlich die Verlobungsanzeige, und Sie dürfen mir ruhig gratulieren.

„Vorgestern noch, mein lieber Peter, hab' ich mir eigentlich gedacht, daß dieser ganze Sommer für Sie und mich und ... hm ... andere ergebnis- und zwecklos hingegangen ist. Das Leben, das setzt oft einen ganzen Apparat in Bewegung für nichts und wieder nichts. Es spinnt Fäden und verknüpft sie, und jeder erwartet, das herrlichste Gewebe würde draus werden, doch plötzlich bricht alles fast ohne Sinn ab, und die Fäden werden fallen gelassen.

„So schien es mir vorgestern auch mit der Geschichte dieses Sommers. Weshalb, hab' ich mich gefragt, mußten Sie herkommen? Damit Sie einem Mädel den Kopf verdrehen? Damit Sie zwecklos wieder verschwinden?

„Aber seit gestern weiß ich, daß alles doch nicht sinnlos und ohne Ergebnis war. Es hat im Leben jedes seine Bedeutung — nur daß wir sie nicht erkennen. Ich hab' gefühlt, daß Sie mir etwas geworden sind, daß Sie mich doch ein wenig gestimmt haben. Ich ... ich ...

„Sehen Sie einmal!"

Buttke wies auf den Boden, auf dem sich der Schatten eines Baumes abzeichnete.

„Es ist jetzt Mittag, und deshalb entspricht der Schatten der Größe des Gegenstandes. Und ich habe mir gesagt, auch mein Leben steht oder kommt jetzt in Mittagssonne, und ich muß auch streben, daß jeder Eindruck und jede Vorstellung im Verhältnis steht zu dem Gegenstand, der sie hervorruft. Das Lächerliche an mir war doch nur, daß dieses Verhältnis bis jetzt nie da war ... daß das Kleine oft einen Riesenschatten warf und das Große sich wunderlich verkürzt ausnahm. Das zu ändern, ist ja nicht nur Willenssache. Aber das Streben bringt auch da vorwärts. Und ich will mich jetzt einrichten mit dem Leben, Peter ... ich will die Jähne auseinanderbeißen ... Augenmaß halten ... Sie verstehen mich vielleicht nicht. Aber ich habe Ihnen doch da zu danken.

„Und so wie bei mir wirds auch sonst sein. Menschen wirken aufeinander und geben sich etwas, ohne es zu wissen, und wie ich von Ihnen etwas mitnehme, so nehmen Sie auch vielleicht was mit aus Großkirchen — wenn nicht von mir, so von einer ... einer dritten vielleicht, der Sie zugleich genommen und gegeben haben.

„Seit ich das alles gefühlt habe, bin ich viel freudiger geworden. Denn das heißt doch, daß wir alle wachsen und daß in der scheinbar sinnlosen Verworrenheit des Lebens ein Sinn und Zweck steckt."

Er sah zu Peter auf. Er erwartete einen burschikosen Witz. Aber Peter lachte nicht einmal. „Nun drängen Sie doch noch eine ganze Menge in die letzten Minuten," sagte er. „Ganze Probleme! Die werd' ich lösen. Aber ich hoffe, Sie haben darin recht, daß ich was mitnehme. Daß ich anders aus Großkirchen 'rausfahr', als ich hergekommen bin. Wenigstens möcht' ich es selber wünschen.

„Buttke, Sie ... Sie haben mir viel vorgeschwärmt. Das hört ... schließlich jeder gern. Wie aufrecht ich sei, wie frisch, wie mutig und schneidig. Ach Gott ja!"

Er wurde rot, er schämte sich.

„Hol der Teufel, Buttke," sagte er in dieser Scham fast unwirsch. „Sie sind ein Schafskopf. Da war so viel Uebermut und Eitelkeit. Und ich war doch auch ein großer Fatze. So 'was dämmert einem plötzlich auf. Und daß es bei mir gedämmert hat, verdank' ich wohl auch Ihnen. Also reden Sie nicht — wir sind quitt."

„Mir?" fragte der kleine Assessor und schüttelte den Kopf — „mir verdanken Sie das?"

Sie schritten jetzt durch die Zietenstraße. Der Referendar sah vor sich hin und zuckte die Achseln. „Vielleicht haben Sie recht. Das verdank' ich wohl doch nicht Ihnen."

Er hatte es leise und schnell gesprochen. Sein Herz ward nun doch unruhig, als er drüben den kleinen Laden sah.

Buttke antwortete nicht. Aber ihm war, als ginge neben ihm sein bester Freund. Er konnte kein Wort finden, um das merken zu lassen. Doch er schob plötzlich seinen Arm in den Peters.

So schritten sie durch die heiße, sonnige Straße. Satan war zurückgeblieben. Er trabte wie so oft auch jetzt nach dem Zigarrenladen hinüber. Die Tür stand offen. Wedelnd schnupperte er hinein.

In Stellie gerade eine Kiste fort. Als sie die Dogge erblickte, erschrak sie.

„Satan!" sagte sie tonlos.

Schmeichelnd drängte der Hund sich an sie. Doch an ihm vorbei schritt sie nach dem Schaufenster, schob den Vorhang zurück und spähte über die Straße. Sie sah die beiden noch gehen. Sie wußte gleich, daß der Bahnhof ihr Ziel war. Regelos schaute sie ihnen nach. Nun würden sie gleich verschwinden ... jetzt, wenn sie sich seitwärts bog, kennt' sie den Assessor noch sehen ... jetzt nur noch einen Kutzipfel ... jetzt verließ auch Peter den Ausschnitt, den ihr Auge bestrich ... und jetzt ...

Sie wandte sich, der Hund war noch da. Mit den großen, hellen, verständigen Augen schaute er sie an.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906171-16/fragment/page=0003

— **Lettow-Vorbeck-Spende.** Der Ausschuß für die Lettow-Vorbeck-Spende teilt uns mit: Beim Bankhaus Lehmann, Große Steinstraße, ist ein Konto eröffnet worden, wo auf die Lettow-Vorbeck-Spende Eingeichnungen entgegengenommen werden. Wir bitten unsere Mitbürger, recht reichlich dort einzuzeichnen, damit dem General bei seiner Anwesenheit ein Betrag übergeben werden kann, der einer Stadt wie Halle würdig ist. Bisher sind 2265 Mk. gezeichnet worden. Es zeichneten: Gebr. Bethmann 10 Mk., Hall. Bankverein 100 Mk., Bergrat Fabian 15 Mk., Hall. Pfännerschaft 1000 Mk., Justizrat Herold 20 Mk., Bankhaus Lehmann 1000 Mk., Landgerichtsdirektor Panse 10 Mk., Oberbürgermeister Rive 10 Mk., Fabrikbesitzer Riemer 100 Mk.

— **Nachzahlung von Kriegsunterstützung.** Die Auszahlung der Kriegsunterstützung für die Mannschaften des ehemaligen Sicherheitsregiments für 1.—21. März 1919 erfolgt an die Empfangsberechtigten im Büro des Kriegsfürsorgeamts, Kleine Steinstraße 8, 3 Treppen, Zimmer 126, vormittags von 10 bis 12 Uhr wie folgt: Für die Buchstaben A—B am Donnerstag, den 19. Juni, für die Buchstaben C—F am Freitag, den 20. Juni, für die Buchstaben L—P am Sonnabend, den 21. Juni, für die Buchstaben Q—S am Montag, den 23. Juni, für die Buchstaben T—Z am Dienstag, den 24. Juni. Zur Empfangnahme sind nur die betreffenden Familienangehörigen, die Ehefrauen, Mütter usw. berechtigt. Entlassungsschein und Militärpapiere sind vorzulegen.

— **Der Reichsverband deutscher aktiver Unteroffiziere** hält am Mittwoch um 7 Uhr abends im Weißbierlokal, Bernburgerstraße, seine Monatsversammlung ab. Alle dem Verbande noch fernstehenden aktiven Unteroffiziere und Frauen gefallener Kameraden sind hierzu herzlich willkommen.

— **Diebstähle.** Nachdem in einem Grundstück der Cöthener Straße vor Pfingsten sämtliche Hühner gestohlen wurden, versuchten jetzt Diebe dort auch noch die Ziegen zu holen, wurden aber durch eine an der Stalltüre angebrachte Alarmglocke an der Ausführung ihres unsauberen Handwerks verhindert. — In einem Grundstück der Trotzher Straße wurden Diebe, die dem Hühnerstalle einen Besuch abstatten wollten, durch Selbstschüsse vertrieben.

Provinz Sachsen

— **Gimmritz b. Wettin, 16. Juni.** (Frechheit einer Einbrecherbande.) Eine Bande von 6—8 Personen, darunter zwei Frauen, versuchte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der vom Dorfe entfernt liegenden Mühle Henze einzubrechen. Der Müller, welcher auf der Mühle tätig war, meldete sich. Er wurde beim Hervortreten mit Totschlag bedroht und wagte sich nicht, gegen die Bande vorzugehen. Darauf wurde der verschlossene Raum unter der Mühle erbrochen und zwei Zentner Roggen gestohlen. Die Täter sind noch von zwei Personen gesehen, aber nicht erkannt.

— **Schkeuditz, 16. Juni.** (Die Verpachtung) von 29 Morgen städtischen Wiesen, Gräben und Schafstreifen hatte eine überaus große Zahl von Pachtlustigen zusammengeführt. Es wurden wieder fabelhaft hohe Preise geboten. Um mehrere 100 Prozent stiegen die Gebote und es war ein förmliches Wettbieten, nur um ein Pachtstück zu erhalten.

ö. **Eisenach, 16. Juni.** (Arbeiterratswahl). Die heute stattgefundene Arbeiterratswahl ergab 11 bürgerliche und 14 sozialistische Sitze.

⊙ **Frankenhausen, 16. Juni.** (Kreistagswahlen.) In Schwarzburg-Rudolstadt, das bisher noch keine Kreisausschüsse hatte, fanden am Sonntag zum ersten Male Kreistagswahlen statt. In Frankenhausen war die Wahlbeteiligung sehr schlecht. Es übten dort von 3655 Wahlberechtigten nur 1421 ihre Wahl aus. Es erhielten die vereinigte Bürgerpartei 2386 Stimmen mit drei Sitzen, die Mehrheitssozialisten 2765 Stimmen mit vier Sitzen, die Unabhängigen 841 Stimmen mit einem Sitz.

⊙ **Frankenhausen, 16. Juni.** (Die Verpachtung der Stadtkirchen) ergab den Gesamtbetrag von 35 180 M. gegen 27 186 M. im Vorjahre. Die Hälfte des Bestandes wurde zum Preise von 50 Pfg. an die Lebensmittelstelle der Stadt abgeliefert.

„H.Z." Sportberichte

Die Tagung des Deutschen Fußballbundes in Kassel

(Eigenbericht unseres nach Kassel gesandten Sonderberichterstatters.)

Am 14. Juni fand die Hauptsitzung des D. F.-B. in Kassel statt. Vom Bundesvorstand waren die beiden Bundesvorsitzenden Hinze-Duisburg und Dr. Albrecht-Frankfurt a. M., sowie Prof. Hefner-Offenburg und Blaschke-Kiel anwesend. Geheimrat Kolbe-Danzig war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Im Gegensatz zur letzten Tagung in Eisenach, wo Süddeutschland als größter Landesverband nicht vertreten war, nahmen dieses Mal Vertreter aller Landesverbände an der Sitzung teil. Berlin war durch Sinnemann und Schulze, Süddeutschland durch Rat Dr. Popper und Rechtsanwalt Albert, Norddeutschland durch Bosse und Koretz, Westdeutschland durch Klose und Becker, Südostdeutschland durch Langner, Mitteldeutschland durch Hädicke-Halle und der Baltische Rasensportverband durch Rhode vertreten. Anwesend waren damit 1891 Stimmen, von denen allein auf Süddeutschland 575 Stimmen kamen, so daß es in fast allen Fragen mit seiner Stimmenmacht ausschlaggebend war. Von der Sportpresse sah man Dopp-Berlin, vom Hauptspielausschuß in Hamburg Dr. Seelmann u. a. Wie bereits gemeldet, wurde als Ort der Pfingsttagung 1920 Frankfurt a. M. gewählt. Nach scharfen Angriffen der süddeutschen Vertreter gegen die Eisenacher Beschlüsse wurden die wichtigsten Punkte nochmals zur Aussprache gestellt, so die Neueinteilung des Bundesgebietes und die Berufsspielerfrage.

Zu Punkt 1 wurde auf Antrag Süddeutschlands beschlossen, daß kein Teil eines Verbandsgebietes ohne das Einverständnis der davon betreffenen Vereine abgetrennt werden darf, sondern nur im Benehmen mit den Landesverbänden und den Vereinen eine Neuregierung strittiger Grenzfragen erfolgen soll. Führen diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so ist der Bundesausschuß oberster Richter. Die Beteiligten dürfen bei der Entscheidung dann ihr Stimmrecht nicht ausüben. Da die politische Gestaltung unserer Grenzen zurzeit nicht abzusehen ist, so soll mit den Verhandlungen gewartet werden, bis der offizielle Friedensschluß erfolgt ist. Die Berufsspielerfrage führte die Tagung auf ihren Höhepunkt. Süddeutschland, Berlin und Norddeutschland verfochten praktische Wege zur Lösung dieser für den Amateursport so wichtigen Frage zu finden, aber alle Anträge wurden abgelehnt, da sie nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit fanden. Auch der Eisenacher Beschluß, nach dem nur derjenige als Berufsspieler anzusehen ist, der gegen Entgelt spielt, wurde angestoßen und der alte Paragraph wieder in sein Recht eingesetzt, nach dem jegliche Entschädigung, gleichviel in welcher Form, eine Verletzung der Amateurbestimmung bedeutet. Wo sich Anzeichen des Berufsspielertums bemerkbar machen, soll mit aller Härte eingegriffen und jeder Versuch dazu im Keime erstickt werden.

Um den Posten des Geschäftsführers waren 56 Bewerbungen eingegangen. Fast jede Berufsschicht war vertreten. Auch prominente Persönlichkeiten aus der deutschen Sportwelt waren unter den Bewerbern. Nach längerer Aussprache wurde diesem Posten des Etats die Zustimmung versagt, so daß es bei der bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit von Blaschke-Kiel als Geschäftsführer bleibt. Dagegen sollen die Pokalspiele bestehen bleiben, wenn der Kronprinz seine Genehmigung gibt, daß der Ehrenpreis zu diesem Zwecke weiterhin ausgeschrieben werden darf. Der Kronprinzenpokal soll als Bundespokal alljährlich ausgespielt werden. — Die Verhandlungen mit der Turnerschaft haben zu der erhofften Einigung geführt, so daß dem deutschen Fußballbunde das alleinige Recht zusteht, Meisterschaften im Fußball ausschreiben zu können.

Süddeutschlands Antrag, das Stimmrecht der großen Verbände zu beschneiden, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Austausch der schwarzen Listen, dagegen der süddeutsche Antrag angenommen, daß die Spiele um die Bundesmeisterschaft stets am zweiten Sonntag im Juni beendet sein müssen. Nach Entlastung des Vorstandes und des Spielausschusses fand die Neuwahl für die Bundesämter statt. Während der Hauptspielausschuß mit dem Sitze in Hamburg wiedergewählt wurde, mußte sich der Bundesvorstand einige Veränderungen gefallen lassen. Geheimrat Dr. Kolbe-Danzig wurde nicht wiedergewählt, und für Dr. Albrecht wurde Sinnemann-Berlin als Vizepräsident in den Vorstand berufen. Dr. Albrecht, Prof. Hefner, Sinnemann, Kraus und Blaschke wurden Beisitzer; Hinze-Duisburg blieb 1. Vorsitzender des D. F. B. Vertreter im Reichsausschuß sind Linnemann und Borhammer, im Wettkampfausschuß Naumann und Faber.

Mitteldeutschland führte noch Verhandlungen mit den Kassel-Vertretern, da Kassel Anschluß an Mitteldeutschland sucht, und dieser voraussichtlich auch vollzogen wird.

*

Das Schlußspiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft in Halle?

Wie wir soeben erfahren, besteht begründete Hoffnung, daß, wenn der Protest V. f. B. gegen Ring abgelehnt werden sollte, das Schlußspiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft zwischen Ring-Dresden und Halle 96 in Halle stattfinden würde. Bekanntlich haben sich beide Mannschaften 1917 schon einmal im Schlußspiel gegenüber gestanden. Das Spiel fand damals in Dresden statt. Es wäre ein Akt der Billigkeit, wenn nun der Dresdner Meister in Halle antreten müßte. Als Schiedsrichter ist Herr v. Paquet-Berlin in Aussicht genommen.

*

— **Werbeschwimmen im hiesigen Stadtbad.** Heute, Dienstag abend 7 Uhr findet ein vom Halleschen Schwimmverein von 1902 angesetztes Werbeschwimmen in der Schwimmhalle des hiesigen Stadtbades statt. Wir haben bereits in einer früheren Nummer darauf hingewiesen, möchten aber nicht unterlassen, im Interesse der Schwimmkunst heute nochmals darauf aufmerksam zu machen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, jedermann, namentlich die Jugend soll sich von dem Schwimmsport, der den Körper kräftig und gesund macht, überzeugen.

*

— **Wacker I - Halle gegen Cricket-Viktoria-Magdeburg I. 1 : 3 (0 : 1).** Infolge 1½stündiger Zugverspätung konnte dieses Spiel erst nach 6 Uhr abends beginnen und die ca. 900 Zuschauer, die den Vorausplatz umsäumten, wurden auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Aber denen, die ausgeharrt hatten, wurde als reichliche Entschädigung ein Kampf vorgeführt, wie man ihn hier seit langem nicht gesehen haben dürfte. Zwei völlig gleichwertige Gegner kämpften mit größter Kräftigkeit um den Sieg. Der Glücklichere hat gewonnen. Das Resultat konnte ebensogut umgekehrt stehen. Beide Torwärter bekamen harte Arbeit und zeigten hohes Können; beide Stürmerreihen waren ausgezeichnet in Kombination und Schuß. Gegen Ende der ersten Halbzeit wird Kühr im Wackertor von drei Gegnern hart bedrängt und kann den Ball nicht weit genug wegbefördern. — Halbrechts sendet unhaltbar ein. Nach Seitenwechsel ist Wacker leicht überlegen, kann aber nicht recht zur Geltung kommen, da sein Linksaußen, Sachse, versagt. Brückner kann unhaltbar ausgleichen. Man glaubt schon an ein Unentschieden, als Mehling durch zu große Ruhe den Ball 2 Meter vorm Tor nicht wegbefördern tut, sondern einen nachstehenden Magdeburger mühelos einsenden läßt. Jetzt bekommt der M.-Torwart durch einige Bombenschüsse Wackers Gelegenheit, höchste Klasse zu beweisen. Hauptsächlich ist es Brückner, der immer wieder schießt. Mit dem Schlußpfiff kann Magdeburg infolge Fehltritts Belgers noch ein drittes Tor erzielen. Magdeburg enttäuschte nach der angenehmsten Seite. Es war kein schwacher Punkt in der Elf. Bei Wacker versagten Winter und Sachse. Die besten Leute waren Grünerbera, F. Hiemann, Rockwitz und Brückner. Alles in allem war Wacker dem Gegner ebenbürtig. Das Spiel sprach für hohes Können beider Gegner.

— **Sportklub Komet.** Freitag, den 20. Juni 1919 findet im Vereinslokal „Hotel Kaiser Wilhelm" eine außerordentliche General-Versammlung statt, zu welcher die verehrten Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Zufolge Wichtigkeit der Tagesordnung, insbesondere Neuwahl des gesamten Vorstandes usw. ist das Erscheinen eines jeden äußerst erforderlich.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen

Der schweizerische Bundesrat und die deutsche Regierung haben das Abkommen über den Ausfuhrverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland ratifiziert.

Nach demselben erteilt „Deutschland Ausfuhrbewilligungen für

Kohlen (Ruhrprodukte) 50 000 Tonnen monatlich gemäß dem Vertrage, der in Basel am 9. Mai 1919 zwischen der Rheinischen Kohlengesellschaft und der Nederegesellschaft in Mülheim an der Ruhr und der Schweizerischen Kohlengesellschaft in Basel abgeschlossen worden ist.

Linksrheinische Braunkohlenbriketts. 12 000 Tonnen monatlich unter der Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Beförderung ermöglichen. Deutschland wird, soweit es die Verhältnisse, insbesondere die Benutzung des Rheins und der rechtsrheinischen Bahnen gestatten, alles irgendmögliche tun, um über die angegebenen Mengen hinaus Ausfuhrbewilligungen für Kohlen zu erteilen. Es wird in dem ernsten Bestreben, die Schweiz mit Kohle zu versorgen, das mögliche tun, um die Lieferanten zur Lieferung anzuhalten und den Transport zu fördern.

Eisen und Stahl. Deutschland verpflichtet sich, den schweizerischen Wünschen bezüglich Versorgung mit Eisen und Stahl insbesondere durch Erteilung der Ausfuhrbewilligung im Rahmen des Möglichen nachzukommen.

Kalialz. 20- oder 30prozentiges. 250 Wagen monatlich.

Thomasmehl. 125 Wagen monatlich.

Rohzucker als Ersatz für aus der Schweiz zu bezieheende kondensierte Milch und Schokolade. Für die Dauer des Abkommens 250 Wagen monatlich.

Die Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen über:

Milcherzeugnisse. 50 Wagen monatlich.

Frische Milch für Lieferung nach Möglichkeit im bisherigen Umfang.

Vollreis. 25 Wagen monatlich.

Schokolade oder Kakaopulver 15 Wagen monatlich.

Frucht- und andere Konserven (Fleischkonserven ausgeschlossen) 70 Wagen monatlich.

Rindvieh für die Dauer des Abkommens nach Möglichkeit bis zu 5000 Stück.

Ziegen für die Dauer des Abkommens 2500 Stück. Rindvieh und Ziegen sind vorgesehen für Lieferung im Herbst (beginnend Ende August 1919).

Die vorgesehenen Austauschmengen verteilen sich per Wagen und je netto 10 000 Kilo. Die beiden vertragschließenden Teile sichern sich möglichst raische und reibungslose Erledigung bei der Erteilung der Ausfuhrbewilligungen zu. Sollte entgegen der Abmachung eine Stockung in der Ausfuhr eintreten, so ist der dadurch betroffene vertragschließende Teil berechtigt, seinerseits mit seinen Lieferungen nach vorhergehender Anzeige entsprechend zurückzuhalten.

Dieses Abkommen über den Ausfuhrverkehr läuft vom 1. Juni bis 30. November 1919, doch hat jeder Teil das Recht, mit einmonatlicher Frist jederzeit zu kündigen.

Industrie, Handel, Handwerk

Die künftige Getreidebewirtschaftung. Durch die Presse gehen widersprechende Nachrichten über die Gestaltung der künftigen Getreidebewirtschaftung. Zur Aufklärung wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Da der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung mit der Sache noch nicht befaßt war, kann noch gar nicht gesagt werden, inwieweit die dergestalte Zwangswirtschaft abgebaut werden wird. Die bisherigen Erörterungen sind bei Hafer und Hülsenfrüchten dahingegangen, bestimmte Mengen im Wege der Landlieferung zu erfassen, den Rest aber vollständig freizugeben. Eine auch nur bedingte Aufhebung der Zwangswirtschaft der Gerste ist zwar eingehend erwogen worden, steht aber nicht mehr in Frage, da unter den bestehenden Verhältnissen, namentlich bei der Unsicherheit der ausländischen Zufuhren, die ganze für Selbstversorgungsbedarf, Nährmittelherstellung und Industrieznecke nicht erforderliche Gerste als Brotstreckungsmittel beansprucht werden muß. Ausdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß sich alle Maßnahmen, die vielleicht eine Erleichterung der Zwangswirtschaft mit sich bringen, ausschließlich auf die Erzeugnisse der kommenden Ernte beziehen. Alle zurzeit vorhandenen Vorräte aus der Ernte 1918 sind nach wie vor der durch die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 eingeführten Zwangsbewirtschaftung unterstellt, bleiben also beschlagnahmt und müssen, soweit sie nicht von Selbstversorgern auf Grund gesetzlicher Ermächtigung zurückbehalten werden dürfen, abgeliefert werden. Die Erfüllung dieser Ablieferungspflicht ist gerade jetzt ein besonders dringendes Gebot, damit auch für den Rest des Wirtschaftsjahres die Belieferung der Bedarfsbezirke mit Mehl und der gesamten Bevölkerung mit Nährmitteln keine Stockung erleidet.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Wenn auch angesichts der bevorstehenden folgenschweren Entscheidung in deutschen Werten sich ein regerer Verkehr nicht entwickeln konnte, kam an der heutigen Börse nach anfänglicher Unsicherheit doch eine entschiedene Widerstandsfähigkeit zum Ausdruck, und zum Teil erlangten Montanwerte, wie Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburger und Phönix, bemerkenswerte Kursbesserungen. Ausländische Aktien verharrten im allgemeinen in fester Tendenz. Prinz Heinrich-Bahn stiegen auf 290 Prozent. Lebhafte Umsätze erfolgten wiederum in Kuxen ausländischer Anleihen. Serbische wurden zu 258, rumänische zu 141 umgesetzt. Kolonialwerte blieben ungefähr behauptet. Deutsche Anleihen besserten sich etwas nach schwachem Beginn. Kriegsanleihe schwankend zwischen 75 und 75½. Oesterreichische und ungarische Anleihen waren abgeschwächt. Die Börse wurde zum Schluß allgemein schwächer in Befürchtung einer unbefriedigenden Antwort der Entente. Kriegsanleihe ging auf 75¼ Prozent zurück.

Produktenbericht. Die Situation am hiesigen Produktenmarkt hat sich kaum verändert. Das Geschäft in Lupinen ist ziemlich lebhaft. Namentlich gute Sorten sind zu Saatzwecken gefragt. Tendenz und Preis sind nicht verändert. Serradelle ist für den freien Handel freigegeben und nicht nur mehr mit besonderer Erlaubnis als Sämerei zu verkaufen. Etwas Wegebr. zeigt sich für Stoppel- und Runkelrüben. Auch in Kleesaaten sind einige Sorten, besonders Inkarnatklee, gesucht. Für Heu und Stroh ist die Lage unverändert. Wetter: sehr heiß.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	113,50
Halberstadt-Blankenb.	80,75	Gebhardt u. Co.	—,—
Halle-Hettstedter	70,—	Gebhardt u. König	84,75
Schantungbahn	181,—	Gelsenkirch. Bergb.	192,—
Allg. Lokal-Str.	131,—	Glanziger Zuckerfbr.	247,—
Gr. Berl. Str.	121,—	Hallesche Masch.-Fabr.	311,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	283,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	292,—	Harpener Berg	152,75
Orientbahn	232,—	Hasper Eisen	133,50
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	200,½
Hambg. Paketfahrt	86,½	Höchster Farbw.	259,75
Hambg.-Südamerika	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	138,—
Hansa-Dampfschiff	189,50	Hohenlohe-Werke	98,50
Nordd. Lloyd	90,½	Humboldt-Masch.	115,25
Banken:		Ilse-Bergbau	203,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	281,—
Berl. Handelsges.	144,—	Kalir. Aschersleben	148,50
Comm u. Diskontobank	116,25	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	—,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	107,25
Deutsche Bank	184,—	Lauchhammer	137,25
Diskonto-Comm.	144,50	Laurahütte	141,—
Dresdner Bank	123,½	Linke u. Hofmann	244,50
Crédit-Anst. Leipzig	136,—	Ludwig Loewe u. Co.	212,—
Mitteld. Kreditbank	110,50	Lothringer Hütte	139,25
Privat-Bank	108,—	Mannesmannröhren	161,—
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	106,75
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	122,75
Reichsbank	143,75	do. Kokswerke	174,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	151,—
Schultheiss-Brauerei	240,—	Phönix-Bergb.	166,25
Akt. f. Anilin	215,50	Rhein. Metall-Vorz.	244,50
Allgem. Elektr.-Ges.	166,½	Rheinbraun	134,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rheck. Montan	102,—
Anhalter Kohlenw.	152,—	Rombacher Hütten	140,—
Annaberger Steingut	164,—	Rositzer Braunk.	101,50
Badische Anilin	295,—	Rositzer Zucker	135,75
Bergmann-Elekt.-Akt.	134,½	Sangerhäuser Masch.	—,—
Berl. Masch.-Bau	198,—	Hugo Schneider u. Co.	185,50
Bismarckhütte	177,50	Schuckert u. Co.	116,½
Bochumer Gußstahl	165,50	Siemens u. Halske	155,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Stettiner Vulkan	143,—
Chem. Grünau	172,50	Stolberger Zink	101,75
Chem. v. Heyden	187,—	Strals. Spielkarten	242,—
Consolidation Schalke	201,25	Thale-Eisenhütte	203,50
Crölwitzer Papierfbr.	202,—	Triptis-Akt.-Ges.	165,50
Daimler-Motoren	171,50	Türkische Tabakregie	—,—
Deutsch-Luxemburg	146,½	Ver. Köln-Rottweiler	182,25
Deutsche Ueberseee-El.	213,—	Glanzstoff Elberf.	401,—
Deutsche Erdöl	—,—	Wegelin u. Hübner	—,—
Deutsche Gasglühl.	288,—	Werach.-Weisenf. Brk.	200,25
Deutsche Kali	158,—	Westeregeln-Alkali	190,—
Deutsche Waff. u. Mun.	201,50	Wittener Gußstahl	116,—
Donnersmarkhütte	—,—	Wrede-Mälzerei	—,—
Döring u. Lehrmann	92,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	265,—
Dürkoppwerke	272,—	Zeitzer Masch.	178,50
Elberfelder Farben	250,50	Zeitzer Walthof	115,50
Felten u. Guilleaume	—,—	Otavi-Minen	

Hauptschriftleiter: Heinrich Bötticher (Berrett).
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Hans Heiling; für Volkswirtschaft und Börse: Hans Gräfe; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Karl Meier.
Anzeigenleiter: Paul Berkson; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906171-16/fragment/page=0004